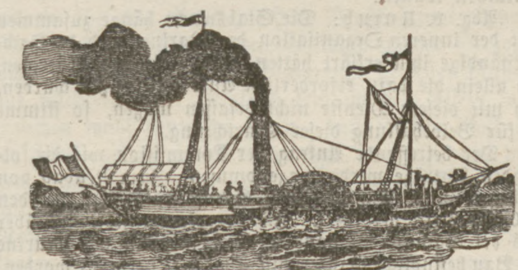
Danziger Dampfboot.

№ 5.

Donnerstag, den 7. Januar.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1864.

35ster Jahrgang.

Staats-Lotterie.

Berlin, 6. Jan. Bei der heute angefangenen Ziehung der 1. Klasse 129. Königlicher Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 5000 Thlr. auf Nr. 59,571. 1 Gewinn von 3000 Thlr. auf Nr. 49,532. 3 Gewinne zu 1200 Thlr. fielen auf Nr. 32,362. 34,264 u. 66,317. 1 Gewinn von 500 Thlr. fiel auf Nr. 87,127 und 2 Gewinne zu 100 Thlr. fielen auf Nr. 21,795 u. 81,926.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, Mittwoch 6. Januar. Die telegraphische Verbindung mit dem Norden ist wieder hergestellt. — Wie die hier eingetroffene „Berlingsche Zeitung“ aus Kopenhagen meldet, sind die vier eingeübten Reserveregimenter aus den Jahren 1853, 54 und 55, sowie die freigeloofte Infanterie aus den Jahren 1860 und 1861 auf Mitte Januar einberufen worden. — Nach dem „Fädrelandet“ wird Quaade Director der auswärtigen Angelegenheiten.

— Man ist hier mit Errichtung einer holsteinschen Telegraphenstation beschäftigt.

— Nach Berichten aus Kopenhagen soll der Herzog Carl von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, Bruder des Königs Christian von Dänemark, diesem in aller Form als König von Dänemark und Herzog von Schleswig und Holstein huldigen. Dem Herzog Carl ist das Prädikat „Königliche Hoheit“ verliehen worden. Nach der „Flensb. Zeitung“ ist der Landvoigt v. Krogh zum Minister für Schleswig ernannt worden und bereits nach Kopenhagen abgereist.

Warschau, Mittwoch 6. Januar. Eine Regierungsverfügung verhängt Sequester über das bewegliche und unbewegliche Vermögen der an dem Aufstande theilnehmenden Personen. Dem höheren Klerus ist zu der bisherigen Kontribution eine neue aufgelegt worden, nämlich den Bischöfen und Bisthumsverwesern von 18, den Kanonicis von 6 Prozent.

Die Preußische Provinzial-Versammlung zu Gunsten Schleswig-Holsteins

verlief in derjenigen würdevollen und ruhigen Weise, wie es der heiligen Sache, welcher sie galt, angemessen war.

Recht aus unserer Seele war es gesprochen, daß für die Freiheit Schleswig-Holsteins jeder Deutsche Mann nach Kräften Geld steuern muß und daß die die kleinliche Entschuldigung, wir Küstenbewohner brächten schon im Falle eines Krieges durch materielle Einbußen hinlängliche Opfer, keine Berechtigung verdiene.

Mit dem Endzwecke der beiden angenommenen Resolutionen sind wir deshalb einverstanden; einzelne Sätze und Motive der Resolutionen konnten nach den Anschauungen, welche wir in diesen Blättern niedergelegt, nicht unsern Beifall haben.

Wir betrachten die Schleswig-Holsteinsche Frage, wie wir das öfters hervorgehoben, als eine rein nationale, die über den Parteien steht. So hoch muß diese Sache stehen, daß unter dem schwarz-roth-goldnen Banner, welches sie schirmt, der Fürst, der Demokrat und der Kreuzzeitungsmann sich brüderlich die Hand drücken können. Die alten Partei-Unterschiede sollen vergessen sein.

Diesen der Größe der Sache angemessenen Standpunkt können wir aber nur erreichen, wenn wir — sei es nach rechts oder links — auch nicht ein Haar breit von dem legalen Wege abweichen, denn sonst beschwören wir das Mißtrauen der Fürsten und Parteien herauf und verursachen Zwiespalt. Aus diesem Grunde billigen wir es nicht, daß die Resolution das Recht des Augustenburgers auf Schleswig-Holsteins Regierung als Thatsache ausspricht, so sehr wir wünschen, daß es dazu kommen möge. Die Verfügung hierüber steht gesetzmäßig allein dem Bundestage und den Schleswig-Holsteinschen Ständen zu. Wenn wir Deutschen einig werden wollen, so müssen wir lernen, uns unterordnen. Der Bund ist die einzige bestehende Centralgewalt, und seinen Beschlüssen darf nicht vorgegriffen werden.

Aus gleichen legalen Gründen sprechen wir der Frankfurter Versammlung das Recht ab, sich als Vertreter der Deutschen Nation zu geriren. Das war diese Versammlung keineswegs, sondern sie bestand in ihrer Majorität aus Elementen, die in politischer Beziehung einen einseitigen Standpunkt einnehmen. Ein Central-Comité, welches eine rein Deutsche Sache leitet, muß aber aus Männern aller Parteien zusammengesetzt sein.

Sehnsüchtigst erwarten wir den Beschluß des Bundes, daß der Herzog von Augustenburg der berechtigte Thronfolger in Schleswig-Holstein sei. Einem solchen Beschlusse muß und wird sich Preußen unterordnen, denn sonst verstehen wir den Passus in der Adreßantwort nicht, welcher so lautet: Die Vollziehung des Bundesbeschlusses ist ein dem Staate rechtlich und vertragsmäßig obliegende Pflicht. Sollten, was Gott verhüte, Deutsche Regierungen den Bundesbeschluß trotzdem nicht achten, so sind sie es, welche den legalen Weg verlassen, und nicht das Deutsche Volk. Das Deutsche Volk hat dann die Pflicht für den Herzog einzutreten im Interesse der Legalität. Es muß dann dem Herzog die Mittel schaffen, daß er sein ihm vom Bundestage zuerkanntes Recht ausüben kann.

Wer nun fürchtet, daß es zu solchen Zerwürfnissen zwischen Regierungen und Volk kommen kann, dessen Pflicht ist es, sofort dem Herzoge von Augustenburg die Mittel zu gewähren, daß er für diese Eventualität gerüstet ist.

Wir unsrerseits sind nicht so pessimistisch gesonnen. Wenn wir trotzdem an Alle die Aufforderung ergehen lassen, sich an der Anleihe des Herzogs schon jetzt zu betheiligen, so thun wir das, weil kein Zweifel mehr vorhanden ist, daß der Bundestag den Herzog anerkennen wird, weil wir zu ihm das Zutrauen haben, daß er die Gelder zu keinem illegalen Zwecke ausgeben wird und weil jede Regierung beim Antritt bedeutender Mittel bedarf. Nicht als Fürsten von Schleswig-Holstein, denn dazu können ihn nur der Bundestag und die Nordalbingischen Stände erwählen, geben wir dem Herzog von Augustenburg das Geld, sondern als Prätendenten, der unsere vollen Sympathien für sich hat und von dessen Regierungsantritt die Befreiung Schleswig-Holsteins aus Dänischer Knechtschaft datiren wird. — b —

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

23. Sitzung, Dienstag, den 5. Januar.

Der Präsident eröffnet die Sitzung mit einigen Mittheilungen geschäftlichen Inhalts. Dann tritt das Haus in die Tagesordnung, die Berathung des Berichts der Budget-Commission über den Etat der Marine-Verwaltung. Referent ist Abg. Kerst. Es erhält das Wort zur General-Diskussion der

Abg. Harkort: Der Bericht, heiße es, sei dürftig ausgefallen, aber die Regierung habe der Commission nicht das genügende Material vorgelegt. Zu bedauern sei es, daß die Marine-Verwaltung sich in den Händen des Kriegsministers, eines Infanterie-Generals befinde und nicht in denjenigen eines technisch gebildeten Marineoffiziers, dies sei die Veranlassung, daß unsere Marine sich noch in der Kindheit befinde. Der Verwaltungsapparat sei zu umfangreich, es sei ein Riese und unsere Marine ein Kind. Ihr fehlten Schiffe, Offiziere und Mannschaften und ein Hafen zum Schutz. Das komme aber Alles daher, weil die Militair-Verwaltung so viele Mittel absorbire, daß für die Marine nichts übrig bleibe. Man könne die Handelsschiffe zur Ausbildung der Schiffsjungen benutzen, um tüchtige Matrosen aus ihnen zu machen.

Kriegs- und Marineminister v. Roon: Es mag ein dankbares und undankbares Geschäft sein, den Angriffen zu begegnen, die so eben von der Tribüne aus gegen die Marineverwaltung erhoben sind. Ich muß meine Pflicht thun und muß den Ungrund vieler der aufgestellten Behauptungen darzuthun versuchen, und ich glaube, das wird in mancher Beziehung nicht schwer fallen. Der Abgeordnete habe zunächst von einem Mangel an Material gesprochen, welches der Kommission vorgelegen habe. Er glaube, daß die Regierung jederzeit das Material, über welches sie selbst verfüge, bereitwillig zu Gebote gestellt habe. Material vorzulegen, welches die Marine-Verwaltung selbst noch nicht festgestellt habe, das würde unthunlich gewesen sein. Wenn ferner von dem Redner eine Anklage erhoben worden, die selbst durch tendenziöse Artikel in der Presse und durch tendenziöse Pamphlete im Publikum verbreitet worden sei, so werde es ihm schwer darauf zu antworten, weil es seine Person betreffe. Daß der Kriegsminister an der Spitze der Marineverwaltung stehe, sei eine Thatsache, welche er nicht herbeigeführt habe. Er habe allerdings mit seiner Verwaltung des Kriegsministeriums vollauf zu thun und es gehöre ein großer Grad von Selbstüberwindung und Thatkraft dazu, um das schwierige Ressort der Marineverwaltung mit zu versehen. Das sei um so schwieriger, als eine Menge von organischen Bestimmungen zu treffen seien, welche unerläßlich erscheinen. Wenn in Bezug auf den Organismus noch nicht so viel gethan sei, wie es wünschenswerth wäre, so sei das nicht die Schuld des Kriegsministers. Den Vorwurf, daß die Verwaltung der Marine bei den vielen Sorgen des Kriegsministers von seiner Seite eine stiefmütterliche Behandlung erleide, müsse er zurückweisen. Er habe ein warmes Herz für die Sache; daß er nautische Kenntnisse nicht besitze, sei kein Einwand, der für seine Befähigung zur Verwaltung der Marine durchschlagend wäre. Es komme darauf an, daß die Verwaltung eine sachgemäße sei und daß in denjenigen Branchen der Verwaltung, wo der Spitze die technische Kenntniß fehle, der Rath bei vorzüglichen praktischen Räthen gesucht werde. Es sei nicht richtig, daß die Behandlung der Marine eine stiefmütterliche sei, weil die Militairverwaltung so große Mittel in Anspruch nehme. Er berufe sich auf die Verhandlungen des Hauses im Jahre 1862; damals seien mit vieler Mühe 200,000 Thlr. bewilligt worden den vielen Forderungen der Marineverwaltung gegenüber, welche unberücksichtigt blieben. Diese karge Bemessung der Mittel sei nach seiner Auffassung der Hauptgrund, warum viele Mängel, welche der Abgeordnete gerügt habe, noch nicht abgestellt seien. Erwidern aber müsse er demselben, daß wir allerdings ein Marine-Komité unter dem Namen des „Admiralitätsraths“ besitzen, zur Berathung rein technischer Fragen. Wenn der Redner auf das Unzuträgliche hingewiesen habe, daß ein Infanterie-General die Direktion erhalten habe, so sei ein solcher Vorwurf nicht berechtigt, so lange die Verwaltung der Sache entspreche. Der Herr Abgeordnete habe ferner gesagt, der Verwaltungsapparat sei kolossal gegenüber dem Flotten-Material; er sagte, die Verwaltung sei ein Riese und die Marine ein Kind. Wenn ein Kind groß gezogen werden solle, bedürfe es der Pflege und Belehrung. Daß der Zuschnitt der Marine nicht in den Dimensionen bleiben könne, welche sie bisher habe, darin sei die Verwaltung mit der Landesvertretung einverstanden; es habe bisher nur an den Mitteln gefehlt, um eine größere Flotte zu schaffen. Es handle sich dabei aber nicht blos um einen vermehrten Schiffsbau, sondern auch um die Beschaffung der nöthigen Mannschaften. Wenn gegenwärtig bei der beabsichtigten Indienststellung der Marine es an Mannschaften fehle, so sei das nicht Schuld der Regierung, sondern Derjenigen, die bisher die Vermehrung des Flottenpersonals standhaft verweigert hätten. Der Mangel an Kriegshäfen sei allerdings ein begründeter Uebelstand. Auch er

bedauere denselben. Die Anlegung eines solchen Hafens sei eine sehr kostspielige Angelegenheit, welche reiflich erwogen werden müsse. Diese Erwägungen seien zu einem Abschlusse gelangt und würden demnächst auch zur Kenntniß der Landesvertretung gebracht werden. Der Hafen von Swinemünde biete vorläufig eine Sicherheit für die Flotte. Eine fernere Bemerkung des Redners anlangend, möge es zweckmäßig sein, Schiffsjungen auf Handelsschiffe zu geben und ein Gesetz zu erlassen, welches Handelsschiffe verpflichte, Schiffsjungen an Bord zu nehmen. Allein das Schiffsjungen-Institut habe den Zweck, Unteroffiziere zu erziehen, und dazu sei mehr erforderlich, als die Ueberweisung der Schiffsjungen an die Handelsmarine.

Ich acceptiere alles das, was er gesagt hat in Bezug auf die bessere Stellung der Officiere, sowie in Bezug auf ihre bessere Beförderung und ihre bessere Bezahlung. Sie wissen aber, daß das keineswegs von der Verwaltung allein abhängt. Eine Vermehrung der Officiere ist verschiedentlich beantragt und abgelehnt worden; die bessere Bezahlung ist bisher nur in einzelnen Fällen begehrt und in diesen einzelnen Fällen ist dem Begehren auch nicht die entsprechende Folge gegeben worden. Ich muß alles Uebrige, was an allgemeinen Anschuldigungen in Bezug auf die Marine-Verwaltung von dem Herrn Vorredner vorgebracht ist, als nicht substanziirt betrachten und enthalte mich daher darüber weiterer Auslassungen.

Abg. Stavenhagen bestreitet, daß das Haus eine Vermehrung der Seeofficiere und Unterofficiere abgelehnt habe. Das Haus habe Alles mit Freuden zugestanden, was die Regierung in dieser Beziehung gefordert habe.

Kriegsminister von Roon. Auch in diesem Jahre habe die Kommission die Verwendung eines Marine-Officiers als Korvetten-Kapitän bei der Ober-Werft-Direction abgelehnt. Das involvire allerdings eine Verminderung der Materials.

Referent Abg. Kerst. Die Vorlage sei im vorigen Jahre aus ganz anderen Gründen abgelehnt. Man habe die Vorlage eines Gründungsplanes der Marine verlangt. Derselbe sei von Jahr zu Jahr von der Regierung versprochen, aber noch nicht vorgelegt. Die Verwaltung der Marine befinde sich zum großen Theil in den Händen von Infanterie-Officieren, und das sei im Interesse der Verwaltung nicht wünschenswerth.

Der Regierungskommissar. Die Verwaltungs-Officiere seien nicht Infanterie-, sondern Artillerie-Officiere und schon längere Zeit in der Marine thätig. Man habe die betreffenden Stellen noch nicht mit Marine-Officieren besetzen können, weil dieselben noch nicht in genügender Anzahl vorhanden seien. Später werde auch dies geschehen. Dann wird der erste Antrag der Kommission: gegen die Regierung die Erwartung auszusprechen, daß zugleich mit dem Etat von 1865 ein Gründungsplan der Flotte vorgelegt werde, mit sehr großer Majorität angenommen. Das gleiche geschieht mit den nächstfolgenden Anträgen. — In Betreff des Antrages Nr. 4 der Kommission: von dem Einkommen des Departements-Direktors 400 Thlr. abzusetzen und dasselbe auf 4000 Thlr. festzusetzen, bemerkt der

Kriegsminister von Roon: Die Regierung könne sich mit der Absetzung nicht einverstanden erklären, halte vielmehr die Fortzahlung des Gehaltes für nothwendig, und für eine Ungerechtigkeit, wenn sie dem Antrage zustimmen wolle. Ein jeder, welcher für eine militärische Organisation der Marine sei, müsse für Bewilligung dieser Summe stimmen.

Abg. Harckort: Es verlange Niemand eine militärische Verwaltung der Marine. Gerade diese militärische Verwaltung trage die Schuld daran, daß die Matrosen den preußischen Marine-Dienst vermeiden.

Kriegs-Minister von Roon: Dieser Grundsatz stehe in Widerspruch mit den Grundsätzen aller Staaten, welche eine größere Marine-Verwaltung besitzen.

Referent Abg. Kerst: Diese Ansicht sei unrichtig, in England, Frankreich und Amerika habe es eine Reihe von Marine-Ministern gegeben, welche weder der Armee angehört noch zur See jemals gewesen wären.

Kriegsminister v. Roon: Wenn England, Frankreich und Amerika Marine-Minister gehabt hätten, die nie zur See gewesen seien, so könne man in Preußen auch wohl gestatten, daß der Marine-Minister ein Infanterie-General gewesen sei. Er habe behauptet und behaupte noch jetzt, daß in allen größeren Staaten die Verwaltung der Marine eine militärische sei und sein müsse.

Abg. Harkort: Er habe nur verlangt, daß an der Spitze der Marineverwaltung nicht Armee-Offiziere, sondern Flotten-Offiziere stehen. — Das Haus tritt dem Antrage der Kommission ebenso, wie allen folgenden bei; bei jeder Absetzung erhebt der Regierungs-Kommissar im Interesse des Dienstes Widerspruch.

Die Regierung hat 5040 Thlr. für die Marine-Stabswacht (zur Aufrechthaltung der Polizei auf den Schiffen und Werften) gefordert, die Kommission beantragt, dieselben in die Rubrik „künftig wegfallend" zu stellen.

Abg. v. Vincke-Olbendorff: Es liege eine technische Frage vor, die nur ein See-Offizier — und ein solcher sei nicht im Hause — zu beantworten vermöge; in dergleichen technischen Fragen gelte ihm das Urtheil Sachverständiger mehr, als das der fleißigsten Dilettanten; das Haus müsse sich deshalb hüten, hier eine Entscheidung zu treffen, ja es würde durch ein so summarisches Verfahren keinen vortheilhaften Eindruck auf das Land machen. Den Flotten-Offizieren könne man nicht zumuthen, die Polizei gegen Pflichtvergessene zu üben, sie etwa mit Gewalt aus den inneren Schiffsräumen heraufzuholen: dazu sei ein besonderes Polizeipersonal unerläßlich; habe doch unsere Armee auch ihre Armee-Gensdarmerie. Abg. Harkort bedankt sich für das Prädikat „Dilettant", und meint, daß bei uns Unteroffiziere diesen Dienst ganz gut verrichten könnten. Uebrigens wolle er, um die von der Marine-Stabswacht geübte Wachsamkeit zu charakterisiren, noch bemerken, daß in Danzig zweimal die Kupferhaut vom Kiele eines Schiffes gestohlen worden sei.

Abg. Stavenhagen: Ueber die vorliegende Frage, könne Jeder, auch ohne Techniker zu sein, sich ein Urtheil bilden. — Die Armee-Gensdarmen seien persönliche Ordonnanzen, die Stabswacht der Armee habe nur für die Ordnung im Hauptquartier zu sorgen und kümmere sich um die Armee als solche nicht. Ein Gensdarmerie-Institut, wie es die Napoleonische Armee besessen habe, sei bei unserer Armee vollkommen entbehrlich und auch unsere Marine würde der Stabswacht aus gleichem Grunde entrathen können.

Abg. v. Unruh: Die Stabswacht hänge zusammen mit der inneren Organisation der Marine, und da Sachverständige ihm erklärt hätten, daß die älteren Matrosen, die allein die dazu erforderliche Autorität besitzen würden, sich mit diesem Dienste nicht befassen mögen, so stimme er für Beibehaltung dieser Einrichtung.

Der betreffende Antrag der Kommission wie die folgenden Anträge werden angenommen. Zum Neubau von Schiffen und Ankauf von Schiffsbauhölzern werden 380,000 Thlr. gefordert. In der Kommission ist über das bei Samuda in London für die preußische Marine im Bau befindliche Panzerschiff Auskunft verlangt worden.

Abg. v. Rönne knüpft daran an: keine Nation habe auf dem Gebiete, welches das Haus eben beschäftige, so viele Erfahrungen sammeln können, wie die Amerikaner, und diese hätten die hölzernen Seeschiffe als unzweckmäßig verworfen, und durch eiserne ersetzt. Darauf möchte er die besondere Aufmerksamkeit der Regierung lenken, und für die Küstenvertheidigung insbesondere die Form der Monitors empfehlen. Wenn in der letzten Zeit die Zeitungen von dem preußischerseits beabsichtigten Ankaufe zweier Widderschiffe in England geredet und behauptet hätten, dieser Ankauf sei durch England, aus Zärtlichkeit für Dänemark inhibirt worden, so wünsche er von dem Herrn Kriegs- und Marineminister darüber Genaueres zu erfahren.

Minister v. Roon: Die erwähnten Zeitungsnachrichten seien nicht genau; vielmehr habe er die Hoffnung, diese oder ähnliche Schiffe zu erwerben, noch nicht aufgegeben. (Bravo! rechts.)

Die Kommission beantragt, die von der Regierung geforderten 30,000 Thlr. als erste Raten für ein Marine-Dienstgebäude abzusetzen.

Der Antrag der Kommission wird mit großer Majorität angenommen und damit ist dieser Etat erledigt.

(Schluß folgt.)

— [Abgeordnetenhaus] In der heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses haben die Minister Graf Itzenplitz und Graf Eulenburg die von dem Ausschusse erbetenen amtlichen Mittheilungen über die Wahlerlasse verweigert. — Im Budgetausschusse beantragte der Abgeordnete v. Forkenbeck als Referent, den Etat für 1863 einfach zu verwerfen, falls die Regierung noch auf der Berathung bestehe. Der Regierungs-Kommissar erbat sich eine einstündige Pause zur Einholung der Meinung der Minister. In Bezug auf den Etat für 1862 erklärt der Referent Abgeordnete v. Forkenbeck, daß, wenn nicht ein besonderes Gesetz über eine Aenderung der Verfassung für diesen einzelnen Fall vorhergehe, derselbe gar nicht berathen werden könne. — Der Justizausschuß beschloß die Freilassung des Abgeordneten v. Sulerczinski zu befürworten, nicht so die der beiden andern gefangenen polnischen Abgeordneten.

Rundschau.

Berlin, 6. Januar.

— Der „K. Z." schreibt man: Mehrfach findet sich in österreichischen Blättern die Nachricht, daß Preußen und Oesterreich zur Lösung der schleswig-holsteinischen Frage die Herstellung einer Personalunion zwischen Dänemark und den beiden vereinigten Herzogthümern vorgeschlagen hätten. So liegt aber bekanntlich die Sache noch nicht, daß nun schon eine Lösung der 1851/52 von Dänemark übernommenen Verpflichtungen in Betracht gezogen werden könnte, vielmehr ist zunächst nur die Forderung einer Aufhebung der dänischen November-Verfassung gemacht. Die Organisation des dänischen Gesammtstaates wäre denn das Problem, dessen Lösung nach dem Wunsche Englands auf einer Conferenz zu versuchen wäre. Ob diese zu Stande kommen wird, ist aber eben so ungewiß als die Entscheidung der Erbfolge-Angelegenheit durch den Bund, welchem die nichtdeutschen Großmächte für diesen Fall die Competenz streitig machen. Vor Allen versucht das englische Kabinet seinen Schutz für Dänemark wirksam zu machen. Auf die Zusage der event. Gewährung einer von Dänemark nachgesuchten Hülfe hat Lord Russell die deutschen Regierungen schon hinweisen lassen; die Note, welche Sir A. Malet an den Bund richtete, ist bekannt, und nun ist auch in einer englischen Depesche vom 27. v. M. gleichsam als Interpretation der angeführten Note die Ansicht von der Nothwendigkeit der Erhaltung des dänischen Gesammtstaates im Interesse des europäischen Gleichgewichts ausgesprochen und die Frage zur Erwägung gestellt, in welcher Weise der deutschen Nationalität in Schleswig eine Garantie ihrer berechtigten Forderungen gewährt werden könne. Den Gedanken, daß dieser Punkt nur auf einer Conferenz seine Erledigung finden werde, erkennt man auch hier im Hintergrunde der Vorstellung. Die Erbfolgefrage existirt bis jetzt für Lord Russell gar nicht. Aber der Augenblick der Entscheidung kann nicht mehr fern sein, denn die Aufhebung der November-Verfassung ist bis jetzt nicht erfolgt. Herzog Friedrich stellt in seiner Proclamation von der Entscheidung des Bundes neben der Bundescommissare seine Autorität als eine gleichberechtigte auf und beschleunigt dadurch die Lösung von Verhältnissen, die mit jedem Tage verwickelter werden.

— Der „Ind. B." wird (aus Hamburg) telegraphirt, die englischen Gesandten an den Höfen von Hannover und Dresden hätten Befehl ihren Posten zu verlassen, sobald hannoversche oder sächsische Truppen die Eider überschreiten.

— Nach zuverlässiger Mittheilung hat die englische Regierung sich in einer vom 28. December datirten Depesche an die deutschen Großmächte über ihre Stellung zur schleswig-holsteinschen Frage ausgesprochen. Im Eingange derselben wird dargelegt, daß nach der Ansicht des britischen Cabinets der König von Dänemark nur so lange er als absoluter Monarch regierte, im Stande gewesen sei, den Anforderungen des deutschen Bundes in Bezug auf Schleswig völlig gerecht zu werden. Seitdem er in Dänemark durch eine Constitution gebunden sei, könne er nicht umhin, auch hierin auf die Wünsche seiner dänischen Unterthanen Rücksicht zu nehmen, und vermöge daher nicht mehr den Forderungen des deutschen Bundes in ihrem ganzen Umfange zu genügen. Was England betreffe, so halte es in Betreff der dänisch-deutschen Differenzen an zwei Hauptpunkten fest: Erstens an der Integrität der dänischen Monarchie, welche im europäischen Interesse nicht angetastet werden dürfte; dann an dem Schutze, welcher der deutschen Nationalität in Schleswig zu gewähren sei. Den Behauptungen, welche diese neueste englische Depesche einleiten, wird Niemand vom deutschen Standpunkt aus widersprechen. Nur, daß man ihnen einen sehr viel entschiedeneren Ausdruck geben müßte. In derselben räumt Lord Russell, wahrscheinlich ohne es zu wollen, ein, was man deutscher Seits stets gegen Dänemark geltend gemacht hat. Von dem heutigen constitutionellen Dänemark ist niemals Gerechtigkeit gegen die Herzogthümer, vor Allem Schleswig zu erwarten, nie auf die Erfüllung irgend welcher darauf bezüglicher Versprechungen zu rechnen. Und der Absolutismus ist in Dänemark nicht wieder herzustellen. Daraus ergiebt sich die logische Folge, daß die Verbindung zwischen Dänemark und den Herzogthümern, will man nicht die gröbste Ungerechtigkeit gegen die Letzteren begehen und überdies einen in sich unhaltbaren Zustand herstellen, gelöst werden muß. Man mag übrigens hierbei erinnern, daß Dänemark bereits ein konstitutioneller Staat war, als es die Verpflichtungen von 1851 und 1852 gegen Deutschland einging. Wenn nach diesem Allen England trotzdem an der Integrität Dänemarks festhält, so verlangt es also, daß deutsches Land und deutsche Bevölkerung, trotz eingeständlich schlechter Behandlung derselben als Material für den dänischen Gesammtstaat verbraucht werden sollen. Wir halten die deutsche Nation nicht für so verkommen, sich eine so entwürdigende Zumuthung gefallen zu lassen und England wird sich daher in das Unvermeidliche fügen müssen. Was von dem Schutz der deutschen Nationalität in Schleswig zu halten ist, hat Deutschland erfahren. England selbst hat sich zehn Jahre hindurch, trotz schnödester Vergewaltigung derselben, ihrer nicht angenommen, und als gegen das Ende des vorigen Jahres Lord Russell mit Vorschlägen zu ihren Gunsten vortrat, wurde er in Kopenhagen schnöde abgewiesen und in England von allen Seiten mit Tadel überhäuft.

Stettin, 5. Januar. (Marine.) Die Schüler der Steuermannsclasse der Grabower Navigationsschule sind vorgestern einberufen und gehen heute zur Einkleidung nach Stralsund, um von dort nach Danzig befördert zu werden.

Koburg, 5. Januar. Nach der „Cob.-Z." sind bis jetzt für etwa 100,000 Thlr. Schuldscheine der schleswig-holsteinschen Anleihe verkauft und 50,000 Thlr. sind als wahrscheinlich untergebracht anzunehmen.

Karlsruhe, 2. Jan. Die „Karlsruher Ztg." sagt über den englischen Conferenzvorschlag unter anderm: „Gottlob ist Deutschland kein Griechenland oder Portugal, auch kein Dänemark, das auf die Eingebung

fremdländischer Gesandten heute für unrecht erklären und fahren lassen soll, was es zehn Jahre lang mit eiserner Consequenz verfolgte! Auch ohne die beiden Großmächte ist Deutschland im Stande, seine Würde und sein Recht zu wahren. Diese beiden Großmächte aber werden weder umhin können, die Beleidigung mitzufühlen, welche der Gesammtheit durch unberufene und ungerechtfertigte Zumuthungen und Vorwürfe widerfährt, noch werden sie sich im Punkt des Rechts der gesetzlichen Kraft des Bundeswillens entziehen können oder wollen. Die Zumuthung, an einer solchen Conferenz sich zu betheiligen, ist lächerlich, wenn nicht beleidigend, und der Bundestag wird sich nicht zur Dupe dieses diplomatischen Schachzugs hergeben. Ablehnung des englischen Vorschlags ist deshalb gebotene Nothwendigkeit.

Kiel, 2. Jan. Die Umgebung Sr. Hoheit Herzogs Friedrich besteht gegenwärtig aus den Herren Geheimen Staatsrath Francke, Geh. Hofrath Sammer, Major Schmidt (Hofchef), Graf L. Reventlow, Graf Rantzau, Dr. Karl Lorenzen und Herrn du Plat (Sohn des Obersten du Plat, welcher das Kriegs-Departement in Gotha leitet.)

— Ihrer Hoheit der Herzogin Adelheid haben 596 Frauen und Jungfrauen Kiels eine Adresse übersandt, in welcher sie es aussprechen, daß sie „mit glühender Begeisterung und vollster, reinster Hingabe dem theuren Herrscherhause entgegen sehen das der Herr uns so gnädig zu schenken verspricht.“

Schleswig. Aus Angeln, 4. Jan. In den südlichen und mittleren Gegenden unseres Ländchens wimmelt jetzt alles von Soldaten, deren Zahl man wohl auf 8 bis 10,000 Mann schätzen kann. In diesem Jahrhundert ist keine so große Truppenmasse in der Schleigegend versammelt gewesen als eben jetzt. Auf der angeler Seite der Schlei sind überall Colonnenwege, und an den schmalsten Stellen Verschanzungen angelegt.

— Begünstigt vom schönsten Wintertage, hielt gestern Mittag König Christian IX. von Dänemark, in Begleitung des Kronprinzen und des commandirenden Generals de Meza nebst zahlreicher Suite eine Revue über 9—10,000 Mann am Dannewerke ab, wo dann später einzelne Positionen desselben besichtigt wurden. Der König, eine hübsche Erscheinung, sah wohl und heiter aus. Jedem Regiments- und Bataillons-Commandeur schüttelte er beim Hinabreiten der Fronte die Hand, während jedes Bataillon, wie üblich, den Kriegsherrn mit dreimaligem Hurrah begrüßte. Das militairische Schauspiel hatte weniger Menschen, als sonst wohl geschieht herbeigelockt. Die Hand des Geschickes liegt ja schwer auf dem armen Schleswig; — darf es die Hoffnung hegen, daß es bald besser wird?

Stockholm, 29. Dec. Bekanntlich haben die schwedischen Reichsstände 3 Mill. schw. Thlr. außerordentlicher Kriegsausgaben bewilligt. Man erfährt jetzt, daß 2.872,639 Thlr. davon dem Kriegsministerium ausbezahlt worden sind, theils um die Festungen Waxholm und Carlskrona, so wie die Südseite von Stockholm zu schützen und am Geschütze für dieselben anzuschaffen, theils für Feldbatterien, Faschtnenmesser, Aexte, Revolvers, Gewehre, Blei, Munition (10,000 Thlr.), Feldflaschen, Mützen, Stiefel, Tornister, Beinkleider u. s. w. Alle diese Beschaffungen, welche bis zum 30. Mai geliefert werden müssen, also noch 5 Monate Zeit haben, deuten in keiner Weise auf Angriffsprojekte, welche in der öffentlichen Meinung immer mehr abgelehnt werden so wie denn auch die meisten Zeitungen es billigen, wenn Dänemark einem europäischen Druck nachgiebt, nur nicht einer deutschen Drohung.

Christiania, 28. Dec. Das Armee-Commando hat den Brigadechef befohlen, anzugeben, wie viele der in Dienst stehenden Militairs die Unteroffizier- und Corporalschulen durchgemacht haben und gleichzeitig soll auch die Anzahl derer aufgegeben werden, welche jetzt diese Schulen besuchen. Dieses Circulair, bemerkt „Morgenbladet‘, ist das erste Zeichen hier im Lande davon, daß das Kriegsministerium sich auf kriegerische Eventualitäten gefaßt macht.

London, 1. Jan. Der heute hier bekannt gewordene Briefwechsel zwischen dem Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein und dem Kaiser Napoleon giebt dem ministeriellen „Globe“ Gelegenheit, seinen dänischen Standpunkt wieder in der krassesten Weise geltend zu machen. Der „Globe“ ist der Ansicht, daß dem Herzoge das Citiren der „Napoleon'schen Ideen“ eben so wenig helfen werde wie s. Z. Toussaint l'Ouverture, als dieser dem ersten Napoleon gegenüber sich als ein Neger-Napoleon gebehrdete. Die Worte des Kaisers: „Wenn Dänemark von mächtigen Nachbarn angegriffen wird, so wird die öffentliche Meinung in Frankreich sich zu seinen Gunsten aussprechen“, geben nach der Ansicht des „Globe“ einen bedeutungsvollen Fingerzeig, welchen Weg der Kaiser schließlich einschlagen werde.

— Die „Times“ spricht sich heute über die Correspondenz zwischen dem Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein und dem Kaiser Napoleon folgendermaßen aus: „Dieser Briefwechsel kommt zur gelegenen Zeit, um die Aufregung in Deutschland zu steigern. Der Kaiser hat, wie sich nach der Ablehnung des Congresses von Seiten Englands erwarten ließ, keine besondere Lust, den londoner Vertrag in der Weise, wie sich England und Rußland auf denselben berufen, zu unterstützen, Se. Maj. denkt vielleicht, daß, seit ein eheliches Band die Höfe Großbritanniens und Dänemarks umschlingt, die Losreißung der Herzogthümer von dem letzteren Königreiche gewisser Maßen eine Niederlage für England sein werde. Allein wir brauchen wohl kaum zu sagen, daß es kein Volk in der Welt giebt, welches weniger Interesse an der Frage hat, als gerade wir. Es ist uns völlig gleichgültig, ob Schleswig und Holstein mit der dänischen Monarchie vereinigt bleiben, oder einen der Kleinstaaten bilden, aus welchen der deutsche Bund besteht. Weder in dem einen, noch in dem andern Falle werden die politischen und commerciellen Beziehungen Englands irgend eine Veränderung erleiden. Wir haben nichts weiter verlangt, als daß Preußen und Oesterreich, welche den Vertrag mitunterzeichnen, kraft dessen die Krone ihrem gegenwärtigen Träger um europäischer Zwecke willen verliehen wurde, eine unzufriedene Partei nicht als Fremde durch eine Invasion unterstützen sollen. Wir können uns mithin der französischen Regierung vollständig anschließen, in so fern sie die Frage auf die Grundlage des natürlichen Rechts basirt.

Nachrichten aus Posen und Polen.

Warschau, 2. Jan. Der Statthalter Graf Berg spricht sich in der Einleitung zu dem Gesetze, welches die Einrichtung einer eigenen General-Polizei-Verwaltung betrifft, folgendermaßen aus: „In Anbetracht, daß ungeachtet der von der legalen Regierung angewandten Mittel, wodurch der Aufstand bedeutend an Ausdehnung und Kraft verloren hat, und in Warschau das Leben und das Vermögen vor den Gewaltthätigkeiten der Revolutionspartei geschützt worden, dennoch die Anführer derselben von Neuem eine solche Organisation wie ein Netz über alle Provinzen auszubreiten trachten; daß ferner die Reste der bereits oft geschlagenen Insurgentenbanden auf verschiedenen Stellen des Königreichs die Posten und öffentlichen Kassen berauben, die unbewaffneten Einwohner, namentlich die Bauern und deutschen Colonisten durch unerhörte Grausamkeiten an ihrem Leben und Eigenthum schädigen; und daß die bisherigen Einrichtungen sich zum Schutz des Landes und zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung unzureichend erweisen; in der Sorge, alle auf diesem Wege angetroffenen Schwierigkeiten zu beseitigen, die Triebfedern des Aufruhrs zu vernichten und den ruhigen Einwohnern des Landes eine noch erfolgreichere Hülfe zum Schutze ihres Lebens und ihres Vermögens zu gewähren, habe ich es für nothwendig befunden, mit Bewilligung Sr. Maj. des Kaisers für die Zeit des Kriegszustandes im Königreich eine besondere Landesbehörde unter einem General-Polizeimeister zu errichten. (Ostf. Ztg.)

Lokales und Provinzielles.

Danzig, den 7. Januar.

— Die gestern Nachmittag im großen Saale des Schützenhauses stattgehabte Provinzial-Versammlung zu Gunsten der Schleswig-Holsteinschen Angelegenheit war zahlreich besucht. Kurz nach 4 Uhr nahm die Sitzung ihren Anfang. Zum Vorsitzenden wurde Herr Dr. Liévin durch Acclamation erwählt. Demselben wurden auf den Vorschlag des Herrn Redacteur Rickert die Herren Gutsbesitzer Steinbach aus der Nähe von Thorn und Maurermeister Schmidt aus Königsberg als Beisitzer durch den einstimmigen Beschluß der Versammlung beigegeben. Nach einigen einleitenden Worten empfahl Herr Dr. Liévin folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung erklärt: Die Ehre und das Interesse der deutschen Nation erfordern, daß die deutschen Regierungen unverzüglich den Herzog Friedrich als Landesherrn in Schleswig-Holstein anerkennen und die Lostrennung der Herzogthümer von Dänemark, wenn nicht anders, durch Waffengewalt erwirken.

Wo es gilt, deutsches Recht und deutsche Ehre zu wahren, ist dem preußischen Volk kein Opfer zu groß.

Auch die Bewohner dieser Provinz werden in dem vollen Bewußtsein, wie schwer gerade sie durch Opfer betroffen werden, welche kriegerische Verwickelungen mit Dänemark herbeiführen können, dieselben dem Vaterlande freudig darbringen.“

Nach Vorlesung dieser Resolntion betrat Herr Commerzienrath Heinrich Behrend den Rednerplatz. Die ganze Versammlung begrüßte ihu mit stürmischem Beifall. — In klaren und herzhaften Worten motivirte er auf das Erfolgreichste die Resolution. — Darauf sprach noch für dieselbe Herr Gutsbesitzer Contack aus der Gegend von Dirschau mit allem Patriotismus und Herr Sanitätsrath Dr. Heydenheim aus Marienwerder in einer ächt volksthümlichen Weise mit überzeugenden Gründen. Seiner Rede folgte ein ganz außerordentlicher Beifall; auch Herr v. Henning aus Dembowolonken trat für dieselbe in beredteer Weise und mit Energie ein. Die Versammlung entschied sich für die Annahme der Resolution. Hierauf brachte Herr Rickert folgenden Antrag ein:

„Die Versammlung erwählt ein Provinzial-Comité, bestehend aus 5 in Danzig wohnenden Mitgliedern, welches für eine schleunige Betheiligung der Provinz Preußen an der Anleihe des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein, oder nach Frankfurt an den Ausschuß der Abgeordneten abzusendenden freiwilligen Beiträge zu wirken hat. Sie erwartet, daß hierdurch die Summe von vorläufig mindestens 100,000 Thlrn. von den Bewohnern der Provinz Preußen beigesteuert werden wird und beauftragt das Comité, sich durch Mitglieder aus den einzelnen Kreisen der Provinz zu verstärken, so wie diejenigen Schritte zu thun, welche eine möglichst allgemeine Betheiligung an diesem patriotischen Unternehmen herbeiführen.“

Der Herr Antragsteller motivirte seinen Antrag mit Geist und practischem Verstande, wie denn auch die Herren Schmidt aus Königsbe-g, Heydenheim aus Marienwerder und H. Behrend begeistert und erfolgreich für denselben sprachen. Die Amendements, welche die Herren Lesse aus Thorn und Herschel aus Tilsit zu demselben eingebracht hatten, zogen dieselben später zurück, so daß derselbe in seiner ursprünglichen Fassung angenommen wurde. Zum Schluß der Sitzung brachte Herr Herschel ein dreimaliges Hoch auf Schleswig-Holstein und das deutsche Vaterland, in welches die ganze Versammlung begeistert einstimmte.

— Man schreibt uns aus Swinemünde vom 5. Jan.: Nachdem das Geschwader am Neujahrstage in unserm Hafen vor Anker gegangen, ist der Kommodore desselben, Capt. z. S. Kuhn nach Stralsund gereist und hat seine Funktion als Flottillen-Chef übernommen, wogegen der Corv.-Capt. Hassenstein, welcher die Engagirung der 6 Privatdampfer zum Abschluß gebracht, bis zur Ankunft des Capt. z. S. Jachmann das Kommando des Geschwaders hierselbst führt. — Wegen Ueberführung der Magazin-Vorräthe für das Geschwader von Danzig hierher sind bereits Spediteure in Thätigkeit, welche die jetzige Schlittenbahn zum Transport von Stettin aus benutzen wollen.

— Heute früh fand in der Rittergasse 22 ein Schornsteinbrand und gestern auf Rambaum ein kleines Feuer in einem Holzschuppen statt; bei beiden Bränden war die Feuerwehr zur Stelle.

— Der Tabacksbau ist im Danziger Regierungsbezirke mehr und mehr in der Abnahme begriffen. Die Größe der mit Taback bestellten Fläche enthielt im Jahre 1859: 114 Morgen 127 Quadrat-Ruthen, im Jahre 1860: 91 Morgen 171 Q.-R., im Jahre 1861: 65 Mg. 108 Q.-R., dagegen im Jahre 1862 nur 49 Mg. 109 Q.-R., damit ist auch die Tabackssteuer, welche im Jahre 1859 noch 468 Thlr. eintrug, auf 196 Thlr. herabgesunken. Auffallend ist es, daß der Tabacksbau in denjenigen Kreisen mehr und mehr abnimmt, wo derselbe früher am meisten betrieben ist, daß dagegen der Betrieb in anderen Kreisen, welche sich früher niemals mit der Cultur dieser Pflanze beschäftigt haben, neu aufgenommen wird. So sank im Danziger Landkreise, welcher im Jahre 1861 noch 41 Mg. 15 Q.-R. mit Taback bestellter Fläche aufzuweisen hatte, diese Fläche im Jahre 1862 auf 18 Mg. herab, während im Carthauser Kreise, wo bisher niemals der Tabacksbau betrieben worden, im Jahre 1862 zum ersten Male 23 Mg. 136 Q.-R. mit Taback bestellt gewesen sind. Es wird von Interesse sein, weiter zu verfolgen, ob sich hier die Cultur dieser Pflanze erhalten und als lohnend befunden werden wird.

Thorn, 5. Jan. Die öffentliche Meinung, welche mit Recht entrüstet war über das amtliche Auftreten des Landraths v. Young in Straßburg und Lautenburg, hat dadurch eine Genugthuung erhalten, daß der Genannte durch Verfügung der

Königl. Regierung in Marienwerder vom 2. Januar seinen Functionen enthoben ist; dem Königl. Reg.-Assessor Haarland ist die einstweilige Leitung des Landraths-Amtes übertragen worden; ebenso ist der Regierungs-Supernumerar Hellmich, welcher in dieser Angelegenheit dem Herrn Landrath v. Young zur Seite gestanden, durch Herrn Reg.-Supernumerar Witzig ersetzt worden. (B. Z.)

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Hausdiebe.] In der Wirthschaft des Herrn Orthmann zu Güttland dienten im vorigen Sommer die drei Mägde Justine Jochem, Justine Pawlowska und Anna Polzien, welche nach Art der Mäuse gerne Mehl und Butter naschten. Die Pawlowska entwendete eines Tages der Herrschaft ein tüchtiges Stück Butter und eine Quantität Mehl und versteckte das gestohlene Gut unter ihrem Bett, um es bei gelegener Zeit wieder hervorzuholen und Gebrauch davon zu machen. Die Jochem und Polzien rochen das Mehl und die Butter unter dem Bett und waren schnell dabei, die gemausten Gegenstände für sich zu mausen, was ihnen denn auch gelang. Als nun hierauf die Pawlowska ihre Beute zum Gebrauch für ein Convivium bei Bekannten im Dorfe (Butter und Mehl gehören bekanntlich zum Kuchenbacken) für sich in Beschlag nehmen wollte, aber ein leeres Nest fand, rief sie entrüstet aus, daß sie bestohlen worden sei; man habe ihr Butter und Mehl weggenommen. In dem Aerger über den Verlust überlegte sie nicht, daß sie sich mit diesem Ausruf selber verrieth. Sie wurde gefragt, wie sie denn zu der Butter und dem Mehl gekommen. Die Antwort auf diese Frage lautete dahin, daß sie die Butter in dem Butterfaß der Herrschaft gefunden. Ueber die Erwerbung des Mehles bewahrte ihr Mund ein tiefes Schweigen. Der Vorfall gab Anlaß, verschiedene Diebereien, welche die drei Mägde seit einiger Zeit an Eßwaaren und andern zur Wirthschaft gehörenden Gegenständen begangen, auf die Spur zu kommen. Vorgestern befanden sie sich vor den Schranken des Criminal-Gerichts unter der Anklage des Diebstahls. Jede hatte zwar für ihre kleinen Mausereien Entschuldigungsgründe anzuführen, aber sie waren alle drei geständig. Nachdem die Wirthschafterin des Herrn Schulzen Orthmann, Fräul. Schwarz, als Zeugin vernommen worden war, verurtheilte der hohe Gerichtshof die Jochem und die Polzien zu 14 Tagen Gefängniß und die Pawlowska zu 6 Wochen Gefängniß.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen für Nothhafen am 5. Januar.
Kamer, Adolph; u. Rosenberg, Joachim, v. Pillau, m. Getreide beide nach Norwegen bestimmt.
Gesegelt: 1 Schiff m. Holz.
Retournirt: Geddes, Charter.

Angekommen am 6. Januar:
Mose, Franziska, v. Christiania, m. Ball.
Für Nothhafeu: Hansen, Anna, v. Pillau, mit Getreide nach Firth of Forth bestimmt.
Retournirt: Hallendorf, Norden; Jacobsen, Baltica; Holm, Fortuna; Bendrat, Kennet Kingsford; Duit, Fenna Hendrika; u. Meyer, Henriette.
Gesegelt am 7. Januar: 1 Schiff m. Getreide.
Wiedergesegelt: Nash, Dampfs. Leipzig.
Nichts in Sicht. Wind: NNW.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 7. Januar.

Weizen, 90 Last, 134pfd. fl. 437½; 133pfd. fl. 430, 432½; 132.33pfd. fl. 430; 132pfd. fl. 420, 425; 129pfd. fl. 400; 128pfd. fl. 372, 387½, 395; 124pfd. 375 Alles pr. 85pfd.
Roggen, 125pfd. fl. 228; 128, 128.29pfd. fl. 234; 124.25pfd. alt fl. 225 pr. 81⅚ resp. 125pfd.
Gerste, große, 117pfd. fl. 210.
Weiße Erbsen fl. 258.

Bahnpreise zu Danzig am 7. Januar.

Weizen 125—131pfd. bunt 60—65 Sgr.
124—134pfd. hellb. 62—72½ Sgr. pr. 85pfd. Z.-G.
Roggen 122—129pfd. 37—39 Sgr. pr. 125pfd.
Erbsen weiße Koch- 41—43 Sgr.
do. Futter- 39—40 Sgr.
Gerste kleine 106—114pfd. 29—33 Sgr.
große 112—118pfd. 22—36 Sgr.
Hafer 70—80pfd. 20—23 Sgr.

[Eingesandt. *]

Der verehrl. Redaction der N. W. d. Z. hat der geistreiche Anonysmus nur zu entgegnen, daß der Sinn seines Eingesandt in diesem Blatte, ein sehr einfacher und leicht zu verstehender, keinen andern Zweck hatte, als gewissen Leuten zum Bewußtsein zu bringen, daß das Theater der Gegenwart nicht mehr, wie es in den zwanziger und dreißiger Jahren der Fall war, der Mittelpunkt unseres geistigen und gesellschaftlichen Lebens ist. Denn es hat die hohe Aufgabe, welche die Genien der deutschen Nation ihm zuertheilt, vergessen. Wer dennoch hochtrabende Theaterkritiken schreiben will und glaubt, daß in solchen das Heil der Welt liegt, der trägt eine Nebel- und Nachtkappe auf seinem Haupte und tappt, seiner Zeit entfremdet, in der Dunkelheit umher. Der Schwerpunkt unseres geistigen Daseins in der Gegenwart liegt durchaus anderswo, als auf den Brettern, so die Welt bedeuten sollen. — Erst muß das Theater wieder werden, was es seiner innersten Natur nach sein soll; dann wird man auch wieder von Kritiken und Kritikern sprechen und diesen einen Dank abstatten können.

*) Wir wiederholen, daß wir in Betreff alles dessen, was unter der Rubrik „Eingesandt" abgedruckt wird, weder für den Inhalt, noch die Form irgendwelche Verantwortung übernehmen. Indessen halten wir an dem Grundsatz fest, daß Jedermann das Recht seiner Meinung hat. Läßt er dieselbe drucken; so trägt er seine eigene Haut zu Markt und kann sehen, wie er mit seineu Gegnern fertig wird. Wir üben deßhalb auch über die eingesandten Artikel, sobald sie nicht gegen die Gesetze des Staates und der Sittlichkeit verstoßen, keine Censur und drucken sie meistentheils, wenn sie in der Form nicht mit den Regeln der Grammatik im Widerspruch stehen, wortgetreu ab. Die Redaction.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

Regierungs-Assessor Graf Prebentow a. Düsseldorf. Die Rittergutsbes. Hacke a. Conitz u. Plehn a. Kopitkowo. Die Gutsbes. Wolf a. Lechlau u. Grolp n. Gattin aus Bilawken. Königl. Amtsrath Fournier a. Kodzillek. Domainen-Pächter Hagen a. Sobbowitz. Die Kaufleute Exiner a. Schlochau, Busse a. Conitz, Perels a. Berliu u. Roller a. Tannhausen.

Walter's Hotel:

Rittergutsbes. Baron v. Räsfeld a. Lewino. Landrath Engler a. Berent. Hauptm. und Rittergutsbesitzer Blankenburg a. Gr. Neuhoff. Rittergutsbes. Labesius a. Gr. Bendomin. Bürgermeister Orlovius, Dr. und Sanitätsrath Heidemann u. Rendant Schirmacher aus Marienwerder. Die Gutsbes. Plehn a. Liebenthal und Nadolny a. Kuhlitz. Rechts-Anwalt Blöbaum a. Berent. Lieut. Schröder und Guts-Administrator Riebald aus Czarnekau. Königl. Baumeister Dieckhoff a. Stüblau. Rentier Böhlke a. Landau. Fabrikant Hornig a. Elbing. Die Kaufl. Jacobsohn a. Berent, Zils u. Lemke aus Königsberg, Schübel a. Schramberg, Schröder a. Stettin, Chlorianker a. Bromberg u. Wolffsohn a. Thorn.

Hotel zum Kronprinzen:

Die Rittergutsbes. Heine a. Stangenberg, v. Oppen u. Zuchowski a. Bielitz. Königl. Baubeamter Keru aus Elbing. Gutsbes. Hannemann a. Polzin.

Hotel d'Oliva:

Die Gutsbes. Schwarz a. Oschin und Weder aus Pommerczin. Kaufm. Lange a. Berlin. Rentier Kramer a. Königsberg. Oekonom Klein a. Pilkallen.

Hotel de Thorn:

Gutsbes. Muhl a. Lagschau. Justizrath Hevelke u. Hacker a. Insterburg. Rechtsanwalt Tolke, Stud. med. Holltopp u. Stud. jur. Eggeling a. Königsberg, Medicinal-Rath Rudolphi a. Breslau. Fabrikant Meding aus Rheydt. Die Kaufl. Griese a. Berlin, Ganzert aus Eisenach, Lüderitz a. Mainz u. Rohleder a. Stettin.

Deutsches Haus:

Kaufl. Schröder u. Oelkers jun. a. Neustadt. Hotellier Pistorius a. Fahrwasser. Schiffskapitaine Köbel u. Wilke a. Stettin. Unteroffizier Thorel a. Stettin. Tapezierer Bartsch a. Neustadt.

Meteorologische Beobachtungen.

7	9	342,70	— 1,0	WNW. schwach, bez. u. Nebel.
	12	342,83	+ 0,2	WSW. mäßig, do.

Course zu Danzig am 7. Januar.

	Br.	Geld	gem.
London 3 M.	tlr. 6 18⅛	—	—
Westpr. Pf.-Br. 3½ %	84¼	—	—
do. 4 %	93½	—	—

Berliner Börse vom 6. Januar 1863.

	Zf.	Br.	Gld.
Pr. Freiwillige Anleihe	4½	100⅛	99⅝
Staats-Anleihe v. 1859	5	104⅜	103⅞
Staats-Anleihen v. 1854, 55, 57	4½	100¼	99¾
do. v. 1859	4½	100¼	99¾
do. v. 1856	4½	100¼	99¾
do. v. 1850, 1852	4	94¼	93¾
do. v. 1853	4	—	93¾
do. v. 1862	4	—	93¾
Staats-Schuldscheine	3½	87¾	87¼
Prämien-Anleihe v. 1855	3½	119¾	118¾

	Zf.	Br.	Gld.
Ostpreußische Pfandbriefe	3½	—	83¾
do. do.	4	93¼	92¾
Pommersche do.	3½	—	86¾
do. do.	4	98½	98
Posensche do.	4	103¼	—
do. do.	3½	96¼	—
do. neue do.	4	93¾	93¼
Westpreußische do.	3½	84¼	—
do. do.	4	93½	93
do. do. neue	4	92	—

	Zf.	Br.	Gld.
Danziger Privatbank	4	—	96
Königsberger Privatbank	4	—	99
Pommersche Rentenbriefe	4	97¼	96¾
Posensche do.	4	94¼	93¾
Preußische do.	4	—	96¾
Preußische Bank-Antheil-Scheine	4½	120½	119½
Oesterreich. Metalliques	5	61	60
do. National-Anleihe	5	66¾	—
do. Prämien-Anleihe	4	—	72
Russ.-Polnische Schatz-Obligationen	4	71	70

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.